PREISE

Dicker Knüppel

Die frohe Kunde wurde in fast zehn Millionen Exemplaren verbreitet. Bonns Wirtschaftsminister Schiller versprach Westdeutschlands Verbrauchern eine Rarität: „billigere Lebensmittel".

Für 360 000 Mark hatte das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung nach Plänen des Schiller-Staatssekretärs Arndt Mitte Januar Anzeigenraum in Boulevard- und Provinz-Zeitungen gekauft und dem Wirtschaftsminister Gelegenheit gegeben, einen „Erfolg der DM-Aufwertung" zu vermelden:

- dank verbilligter Importe bereits eingetretene Preissenkungen um sechs Prozent bei Butter, Zucker, Käse, Geflügel und Eiern;
- noch zu erwartende Preissenkungen, so bei Brot (zwei Prozent), Marmelade (2,5), Haferflocken (drei), Mehl (3,5), Rindfleisch (vier), Schweinefleisch (4,5) und Reis (fünf);

Produzenten und Händler, denen der Minister ausdrücklich für ihr „Preisbewußtsein" gedankt hatte, fühlten sich genötigt. Statt die Preise laut der von Arndt vorgegebenen Staffel zu senken, hätten viele die Aufwertungsgewinne lieber selber weggesteckt.

Ihre Verbände klagten über drohendes Unheil: „unverändert hohe Mehlpreise" (Bäckerhandwerk), „allgemeine Kostenerhöhung" (Süßwaren-Hersteller) und „unabwendbare Preissteigerungen" (Lebensmittel-Filialbetriebe).

Den Ton im Katzenkonzert gab Dr. Anton Pernice an, Sprecher im Hauptverband des Deutschen Lebensmittel-Einzelhandels. Pernice warf der Regierung pauschal „schlechten Stil" vor; sie lege „wenig Wert auf sachliche Argumente, wenn es sich nur politisch auszahlt".

Die Gewerkschaften leisteten dem bedrängten Minister Entsatz. Der Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik beim DGB, Georg Neemann, meldete seine Hilfsabsicht telephonisch nach Bonn und schrieb dann einen Brief an das Bundeskartellamt nach Berlin.

„Sehr verbunden" wäre der DGB, so Neemann an den Präsidenten Eberhard Günther, wenn das Kartellamt eine kniffflige Rechtsfrage prüfen würde: ob nämlich das Lamento der Verbände — ebenso wie eine verbotene Preisabsprache — „als ordnungswidrig anzusehen und zu ahnden" sei.

Öffentlich warf Neemann Herstellern, Zwischenhändlern und Detaillisten vor, sie versuchten, die „Verbraucher zu täuschen". Wer über steigende Kosten klage, dürfe den steigenden Umsatz nicht verschweigen. So könnten und müßten Nahrungs- und Genußmittel im Durchschnitt um drei Prozent billiger werden.

Im Hause Schiller wurden unterdessen vereinzelte Sympathisanten aus der Kaufmannschaft auf das freundlichste bedient:

- Das Wirtschaftsministerium bestätigte ein Fernschreiben der Kölner Kaufhof AG, die Sonderangebote in Kalbsleberwurst, Salami und geräuchertem Knochenschinken annoncierte, ebenfalls fernschriftlich mit „Dank und Empfehlungen";
- das Schiller-Referat für Öffentlichkeitsarbeit half dem Paderborner Lebensmittelhändler Chatka beim Abfassen eines Inserates; statt auf „Preiskiller", riet das Ministerium, solle der Name Schiller lieber auf „Knüller" gereimt werden;
- Schiller selbst gab der Bitte des Bonner Textilkaufhauses Blömer statt, sein Konterfei in eine Anzeige einrücken zu dürfen: Dort lächelte der Wirtschafts-Professor für „B.-Halter, kurze Form, Perlon" zu 3,95 Mark und „Miederhosen, Lycra, weiß und farbig" zu 5,90 Mark.



Schiller im Kaufhaus-Inserat
„Man wird interessant"

Kaufmann Blömer über seine Schiller-Anzeige: „Man kann über die Wirkung streiten, aber man wird unwahrscheinlich interessant."

An einem hartnäckigen Gegner der offiziellen Bonner Preissenkungs-Kampagne — den in vier Kartellen zusammengeschlossenen 190 industriellen Mühlen — hingegen ließ der Minister ein Exempel statuieren. Um seine Rechnung zu beweisen, daß der Brotpreis um zwei Prozent sinken könne, forderte er sie auf, endlich billigeres Weizenmehl an die Bäcker zu liefern.

Schillers Beamte rechneten den Kartell-Müllern einen Mißbrauch ihrer Privilegien vor: Seit dem 1. Januar könnten sie als Folge der Markaufwertung ihr Korn bei den staatlichen Einfuhr- und Vorratsstellen um 35 Mark je Tonne billiger einkaufen. Nur einen Teil des Gewinns dürften sie für gestiegene Kosten behalten, mindestens 15 Mark je Tonne Mehl müßten sie an die Bäcker weitergeben.

Damit war das Ministerium bereit, sogar von Schillers Preisziel abzugehen. Ein Abschlag von 15 Mark je Tonne Mehl entspricht nur einer Mehlpreissenkung von 2,5 Prozent; in ihren Januar-Anzeigen hatte die Bundesregierung hingegen noch 3,5 Prozent versprochen. Doch die Müller honorierten das Entgegenkommen nicht und ließen am letzten Montag ihr Nein durch Boten im Wirtschaftsministerium ausrichten.

Die Weigerung gab Schiller die Chance, von seinem Ende Januar vorgelegten Konjunkturprogramm Gebrauch zu machen. Er hatte sich darin selber verpflichtet einzuschreiten, wo „marktmächtige Positionen mißbräuchlich ausgenutzt werden". Überdies kann er die Kartellmühlen kontrollieren und maßregeln, ohne erst das Kartellamt bemühen zu müssen.

Am letzten Donnerstag mußte die Müller-Lobby ihren Starrsinn büßen. Schillers Ministerialdirektor Otto Schlecht ließ ihrer Arbeitsgemeinschaft Handelsmühlen in Bonn eine Verfügung zustellen, in der noch mehr verlangt wird als ein kleiner Nachlaß.

Um die Müller Wettbewerb zu lehren, hob Schlecht ihre horizontale Preisbindung auf. Statt zu Festpreisen von — je nach Kartell — 610, 620 und 630 Mark pro Tonne müssen sie ihr Weizenmehl in Zukunft zu Marktpreisen bei den Bäckern andienen. Mühlen-Syndikus Rechtsanwalt Schäfer: „Ein dicker Knüppel!"

Die Müller haben jetzt vier Wochen Bedenkzeit, ob sie sich fügen oder die Gerichte bemühen wollen.

SPD-LINKE

Eigene Fahne

Der rote Jochen sah in die Zukunft: „In zwei Jahren könnten wir die Mehrheit auf dem Parteitag haben, wenn sich zehn Leute an drei Tagen pro Woche darum kümmern würden."

Schleswig-Holsteins SPD-Chef Joachim Steffen, Champion der Links-Sozialdemokraten, beurteilt die Aussichten dafür, daß eine solche Profi-Riege tatsächlich in Aktion tritt, skeptisch. Aber dennoch formieren sich die SPD-Linken selbstbewußter denn je.

Am vorletzten Wochenende versammelten sich rund 60 Genossen im Frankfurter Volksbildungsheim, um über eine gemeinsame sozialistische Strategie und über die Taktik auf dem nächsten SPD-Bundesparteitag am 11. bis 14. Mai in Saarbrücken zu beraten.

Um sich gegen den Vorwurf der innerparteilichen „Fraktionsbildung" zu schützen, tagten sie unter einem obskuren Decknamen: als „Arbeitskreis IV" der „Gesellschaft für Forschung und internationale Kooperation auf dem Gebiet der Publizistik e. V.". Diese Gesellschaft firmiert als Herausgeber des Frankfurter Diskussions-Blatts „express international" (Auflage 6000), vor allem aber dient sie seit Jahren als Treffpunkt linker SPD-Politiker und Gewerkschafter.

Hauptakteure des Treffens waren neben Steffen der Frankfurter SPD-Vorsitzende Walter Möller sowie die drei Jungsozialisten-Chefs Karsten Voigt, Thomas von der Vring und Norbert Gansel. Dazu kamen oppositionelle Sozialdemokraten aus den Regionalverbänden, wie die Bezirksvorsitzenden Wilhelm Dröscher (Rheinland/Hessen-Nassau) und Heinrich Junker (Ost-Westfalen/Lippe).

Die Genossen hatten zunächst Verständigungsschwierigkeiten. Die Südhessen verwirrte, daß Steffen ausführlich schleswig-holsteinische Raumordnungs-Pläne ausbreitete; den linken Pragmatikern aus dem Norden machte die Theorie-Besessenheit einiger Genossen aus dem Süden Verdruß. Dann aber einigte sich das Frankfurter Konzil auf ein radikalreformerisches Schwerpunkt-Programm für die Parteitags-Anträge.

Generallinie: Zur Lösung der dringenden gesellschaftspolitischen Probleme sollten Macht und Substanz des privaten Kapitals vorerst nur geschmälert werden. Die Zukunftsvision einer sozialistischen Gesellschaft wurde vertagt. Walter Möller: „Ich nehme doch an, daß niemand von uns auf dem kommenden Parteitag die Grundsatzfrage der Gemeinwirtschaft in der Großindustrie stellen will." Niemand wollte.

Für die Formulierung der wichtigsten Anträge vereinbarten die Frankfurter Parteitags-Planer Arbeitsteilung: Schleswig-Holstein soll ein Konzept zur Strukturpolitik entwerfen, Hessen-Süd ein Steuerreform-Modell vorlegen, das auf Großvermögen zielt und zugleich die Finanzierung der notwendigen Staats-Investitionen sichert.

Weitere Vorstöße planen die Linken in Saarbrücken zur

- ▷ Erleichterung von Boden-Enteignung, die weit über die von SPD-Wohnungsbauminister Lauritzen geplanten Maßnahmen hinausgeht;
- ▷ Erweiterung der Machtkontrolle in den Betrieben;
- ▷ Sicherung der Informationsfreiheit gegenüber kapitalkräftigen Meinungskonzernen wie der Axel Springer AG.

Das traditionelle Haupt-Thema der SPD-Linken, die Anerkennung der DDR, interessierte die Frankfurter nicht mehr. Steffen: „Nachdem Herbert Wehner im SPIEGEL gesagt hat, daß die Nicht-Anerkennung der DDR für die SPD kein Dogma mehr ist, fällt mir zur Anerkennungsfrage nichts mehr ein." Jungsozialisten-Vize Norbert Gansel hofft, daß „auf dem Parteitag nicht wieder ein paar Anerkennungsfanatiker uns die Zeit für die wirklichen Probleme stehlen".

Um die knappe Zeit auf dem viertägigen SPD-Konvent im Mai optimal für ihre Anträge zu nutzen, wollen die Linken die Vorstandsregie durch einen eigenen Fahrplan unterlaufen. In Saarbrücken sollen

- ▷ wichtige Anträge nicht mehr am letzten Tag im Schnellverfahren durchgepeitscht, sondern am zweiten und dritten Tag in Arbeitskreisen und im Plenum ausführlich beraten werden;
- ▷ die Arbeitskreise nicht mehr unverbindlich Meinungen erörtern, sondern Empfehlungen zu den Anträgen aussprechen und ihre Berichterstatter für das Plenum, die bisher von den Führungsgremien bestellt wurden, selbst wählen;
- ▷ die Mitglieder des Parteivorstands nicht nach dem Blockwahl-System, sondern ohne jede Einschränkung der Abstimmungs-Freiheit gewählt werden*.



Linker SPD-Führer **Steffen**
„Am Ende noch die Mehrheit"

Von einer solchen Demokratisierung des Parteitags, über die zu Beginn des Saarbrücker Treffens abgestimmt werden müßte, erhoffen sich die Linken größere Resonanz für ihre Argumente. Denn auf eine linke Mehrheit können sie wie eh und je nicht hoffen.

Sie spekulieren auf einen harten Kern von 120 der 340 Stimmberechtigten: So viele nämlich hatten auf dem Godesberger Parteitag im April letzten Jahres trotz Willy Brandts Rücktrittsdrohung für einen weitgehenden Vermögensbildungs-Plan gestimmt. Einige Anträge, vor allem zur Struktur- und Steuerpolitik, könnten — so schätzen Steffen und Möller — gegen den Willen der Bonner Parteiführung sogar eine Mehrheit finden.

Sollten die Parteiführer radikale Forderungen mit dem Argument abweisen, sie seien nicht durchsetzbar, so wollen die Linken an das Selbstbewußtsein der Partei appellieren. Steffen: „Die Sozialdemokraten haben als Partei zu sagen, was ihre Meinung ist." Gerade bei einer Koalitionsregierung tue solche Profilierung not.

Neben Anträgen mit Mehrheitschancen planen die Linken auch aussichtslose Resolutionsentwürfe. Jungsozialist Thomas von der Vring: „Man muß auch einmal die eigene Fahne zeigen."

Zum Erstaunen der Alt-Genossen, die von ihnen nur abstrakte Thesen erwartet hatten, propagierten die Jungsozialisten in Frankfurt handfeste Taktik. Sie forderten, daß auf dem Parteitag unbedingt ein Linker gegen den SPD-Rechtsaußen und Verteidigungsminister Helmut Schmidt um den stellvertretenden Parteivorsitz kandidieren müsse. Wenn sich unter der linken Prominenz niemand bereit fände, werde eben ein Jungsozialist einspringen, um den Protest gegen Schmidt zu artikulieren.

Die Senioren erbaten Bedenkzeit bis zum nächsten Treffen des Frankfurter Kreises Ende April, bei dem die Parteitagslinie im einzelnen festgelegt werden soll. Freilich: Der aussichtsreichste Schmidt-Kontrahent, Jochen Steffen, lehnte schon in Frankfurt ab: „Wer als stellvertretender SPD-Vorsitzender in Kiel sitzt und nicht in Bonn, der kann gar nichts machen. Ich wäre dann bloß Konzessionsschulze."

Dem Einwand, diese Sorge sei unbegründet, weil er doch keine Wahlchance habe, hält Steffen entgegen: „Bei Helmut Schmidt kann man nie wissen, ob er die Genossen nicht bis Mai so verägert, daß ich am Ende noch die Mehrheit hätte."

AMNESTIE

Unter Zugzwang

Die Juristen der SPD/FDP-Koalition jagen Parforce.

Von Weiberfastnacht bis Frühlingsanfang sollen Kabinett, Bundesrat und Bundestag die Reform von Strafvorschriften aus dem ersten Jahr des Bismarck-Reichs vollenden und zugleich fertigbringen, was entschlossenere Progressive schon vor Weihnachten unter Dach haben wollten: die Amne-



Justizminister **Jahn**
„Wir sind verschiedener Meinung"

* Blockwahlsystem: Jeder Wähler muß so viele Namen ankreuzen, wie Ämter zu besetzen sind. Die Anhänger von Minderheiten sind mithin gezwungen, auch solchen Kanditaten Stimmen zu geben, die sie eigentlich nicht wählen wollen.